

# Riesner & Co. Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Telegraphen-Verkehr  
Tageblatt, Riesa.

Amtsblatt

Beim Druckere  
Nr. 20

der Königl. Amtshauptmannschaft Großenhain, des Königl. Amtsgerichts und des Stadtraths zu Riesa.

Nr. 61.

Donnerstag, 15. März 1894, Abends.

47. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag Abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Vierteljährlicher Bezugspreis bei Abholung in den Expeditionen in Riesa und Strehla, den Ausgabestellen, sowie am Schalter der kaiserl. Postanstalten 1 Mark 25 Pf., durch die Träger frei ins Haus 1 Mark 50 Pf., durch den Briefträger frei ins Haus 1 Mark 65 Pf. Anzeigen-Annahme für die Nummer des Ausgabebetages bis Vormittag 9 Uhr ohne Gewähr.

Druck und Verlag von Renger & Winterlich in Riesa. — Geschäftsstelle: Rastanienstraße 59. — Für die Redaktion verantwortlich: Herr Schmidt in Riesa.

Das unterzeichnete Amtsgericht hat heute auf Fol. 239 des Handelsregisters für seinen Bezirk, die Firma  
**Pietzschmann & Hildebrandt**  
in Riesa betreffend, verkauft, daß  
Herr Kaufmann **Johann Hermann Pietzschmann** in Riesa  
ausgeschlossen und  
Herr Stuhlauer **Julius Franz Feiste** in Riesa  
als Mitinhaber eingetreten ist.  
Riesa, den 12. März 1894.

Königl. Amtsgericht.  
Vordner.

## Bekanntmachung.

Zur Unterhaltung der hiesigen Straßen werden 1500 Kubikmeter **Marschlag** (nur gute Qualität) aus den Bräcken bei Meßen gebraucht.  
Dieses Material soll nach und nach bis 1. August 1894 frei Elbufer Riesa geliefert werden. Die Preisofferten sind versiegelt und mit der Aufschrift „Marschlaglieferung“ versehen bis zum **20. März 1894** bei dem Unterzeichneten einzureichen.  
Riesa, den 5. März 1894.

Der Vorsitzende des städtischen Bauauschusses.  
**H. A. Grundmann, Stadtrat.**

## Bekanntmachung,

die Aufnahme der Ostern d. J. schulpflichtigen Kinder betr.

Die Aufnahme der Ostern d. J. schulpflichtigen Kinder soll  
**Montag, den 19. März**, im Schulhause an der Rastanienstraße (**Schulsaal, 2 Treppen**)  
stattfinden, und zwar die Aufnahme der für die  
**Obere und Mittlere** Bürgerschule gemeldeten Kinder **vormittags 10 Uhr**,  
die der für die  
**Einfache** Bürgerschule gemeldeten Kinder **nachmittags 2 Uhr**.

Noch wird folgendes bemerkt: Die für die eintretenden Kinder bestimmten **Geschenke** sind für die **Knaben der Mittleren und Einfachen** Bürgerschule an den Hausmann im Schulhause an der Rastanienstraße, für **alle anderen** Kinder an den Hausmann im Schulhause am Albertplage rechtzeitig abzugeben. Jedes Geschenk muß den **Namen** des Kindes **deutlich** tragen. Es wird erwartet, daß die Geschenke sich in mäßigem Umfange halten, auch wird an ein Kind nicht mehr als **ein** Geschenk verabreicht.  
Riesa, am 14. März 1894.

Die Direktion der städtischen Schulen.  
Bach.

## Die neue Ordnungspartei

gab gestern im Reichstage ihr erstes Debat auf nationalem Gebiete. Nachdem 18 kleinere Stats erledigt worden waren, stand zur Debatte das Kaiser Wilhelm-Denkmal, für das der Budgetausschuß 4 Millionen statt der geforderten 8 Millionen bewilligt hatte; die Konservativen hatten sich zu dieser Herabsetzung im Interesse einer möglichst einmütigen Beschlußfassung verstanden. Herr Richter machte aber seine Zustimmung selbst zu dieser um die Hälfte verminderten Summe von der Bedingung abhängig, daß die Regierung die feierliche Erklärung abgebe, keine weitere Forderung in dieser Angelegenheit zu erheben und keine Zuschüsse aus der kaiserlichen Schatzkammer oder aus Lotteriereinkünften zu dem Denkmale anzunehmen. Die Sozialdemokratie, die zu der ganzen Forderung einen grundsätzlich ablehnenden Standpunkt einnimmt, hatte zu ihrem Sprecher Herrn Singer ansetzen, also jenen Herrn, der „von allen Seiten, die vernünftig“, der Wahrheit gerade in rein nationalen Fragen am meisten verhaft sein mußte. Herr Singer setzte denn auch dem aus warmem patriotischem Herzen stammenden Mehrheitsbeschlusse sein kaltes Nein zwar mit aller Ruhe entgegen, aber doch auch mit jenem offen und mit Behagen zur Schau getragenen Gefühlsmanier, der ehrlich empfindende Herzen am meisten verletzt. Als er meinte, seine Parteifreunde würden das Geld für dieses Denkmal nicht bewilligen, und wenn das Land in Geld schwämme, da keine Pflicht der Dankbarkeit gegen Kaiser Wilhelm I. bestehe, machte sich die Entrüstung der Mehrheit in lauten Psi-Kufen Luft, die keine Rüge sandten. Herr von Wanteuffel und Herr von Bennigsen und Allen voran Herr Dr. Lieber traten sofort Herrn Singer schroff und würdig entgegen. Dr. Lieber bemerkte mit großem nachhaltigem Ernste, die Kunst, die das Haus von seiner äußersten Linken trenne, werde immer tiefer. Das Andenken des Kaisers Wilhelm I. stehe ihm viel zu hoch, und er habe viel zu viel Achtung gegen die Reichsverfassung und gegen seine eigenen Gefühle, als daß er Singer einer Antwort würdigen könne. Er wolle lediglich Verwahrung einlegen gegen das, was im Reichstage geschehen und gegen den Ton, in dem über Kaiser Wilhelm I. gesprochen worden sei, von Bennigsen wies darauf hin, daß wenigstens in dieser Frage die deutschen Arbeiter in ihrer großen Mehrheit nicht hinter den Sozialdemokraten ständen. Die Sozialdemokraten autorisierten mit Vagen und Varmen und Herr Debel stimmte Herrn Singer zu, indem er seine Partei ausdrücklich als eine antinationale und antimonarchische bezeichnete, und betonte, daß sie gerade dem Kaiser Wilhelm I., der das Sozialistengesetz geschaffen, niemals ein Denkmal bewilligen würden. Unter großem Beifall des Hauses wies sodann noch Herr Liebermann von Sonnenberg darauf hin, daß sich bei dem ungedrungenen Zustanden der Sozialdemokraten gegen alle im Hause gesprochenen patriotischen Worte die drei Mitglieder der goldenen Internationale, die die Sozialdemokratie besitze, sich am meisten bemerkbar gemacht hätten,

woraus sich der Sturm erheblich krümmte. — Die 4 Mill. für das Denkmal wurden gegen die Stimmen der Sozialdemokratie, der freisinnigen und süddeutschen Volkspartei und Dr. Schlegel genehmigt. — Nach dieser bezeichnenden Debatte verfiel in der weiteren Verhandlung noch der Aniso Ersatz für die Ablehnung diesmal eine kleinere war, als am Freitag. Die anwesenden Polen stimmten für die Genehmigung. — Die letzten zwei Stunden der Tagung gehörten der 3. Lesung des Gesetzentwurfes auf Aufhebung des Identitätsnachweises, der mit der Resolution Buttamer-Plauth betreffs Transatlantiker zur Annahme gelangte.

## Tagesgeschichte.

**Deutsches Reich.** Zu dem für Dienstag Abend angelegten Festmahle beim Finanzminister Dr. Miquel fuhr der Kaiser, wie schon gemeldet, um 7 Uhr vor. Se. Maj. wurde vom Hofgebet am Eingange zum großen Saale begrüßt und richtete dann an verschiedene Herren huldvolle Worte. Politische Tagesfragen wurden im Ganzen wenig besprochen. Nach der „Nat.-Ztg.“ gab der Kaiser wiederholt seiner hohen Gemüthsruhe darüber Ausdruck, daß der deutsch-russische Handelsvertrag mit so großer Mehrheit angenommen worden sei. Ein längerer Gespräch drehte sich um den Mittelrand-Kanal; an der Hand mitgebrachter Karten zeigte der Kaiser die Durchführbarkeit und hohe Bedeutung dieses Kanals. Konjul H. D. Meier hob hierbei hervor, daß er bereits vor 25 Jahren mit dem jetzigen Finanzminister die Durchführbarkeit dieses Kanals erörtert habe. Dem Kaiser machte diese Mittheilung augenscheinlich viel Vergnügen. Zum Schluß kam der Kaiser auf den gewaltigen Windbruch zu sprechen; eine Anzahl Photographien lagen vor, die zeigten, welche großen Verheerungen der Orkan stellenweise in den Forsten angerichtet hat. — Aus einer von miquelischer Seite prophezeigten „Rundgebung“ des Kaisers zu Gunsten des Finanzministers ist also nichts geworden!  
Es ist in der letzten Zeit wiederholt auf die Thatsache hingewiesen worden, daß ein wesentlicher Grund für die Unsicherheit unserer innerpolitischen Verhältnisse in der Trennung der beiden obersten Aemter im Reich und in Preußen zu suchen sei. Die Unmöglichkeit der Fortdauer des jetzigen Verhältnisses erhellt nicht zum wenigsten aus dem von den „Berl. N. N.“ hervorgehobenen Umstand, daß der preussische „Berl. N. N.“ hervorgehobenen Umstand, daß der preussische Ministerpräsident Graf zu Eulenburg nicht Mitglied des Bundesraths ist; der leitende Minister des führenden Bundesstaates fehlt somit in der Körperschaft, welche eigentlich die Leiterin der Reichspolitik sein soll! Es genügt, auf die Thatsache hinzuweisen, um Jedermann klar zu machen, daß die Trennung des Reichskanzleramts vom preussischen Ministerpräsidenten nicht nur nicht haltbar ist, sondern eine schwere Schädigung unseres öffentlichen Lebens bedeutet, selbst wenn die Persönlichkeiten auch bemüht sein mögen, durch persönliche Beziehungen den sachlichen Fehler auszugleichen oder in seinen Wirkungen abzuschwächen.

Die „Korresp. des V. d. Landwirthe“ meint zur Annahme des russischen Handelsvertrages:

„Nun die Herren gesteht haben, wollen sie sich mit uns vertragen, wir sollen ruhig sein, damit sie ihre Beute ungehindert verdauen können. Das glauben wir, allein wir wollen ihnen schon heute verrathen, daß ihre Illusionen auf Sand gebaut sind. Nicht an den Frieden mit den Freihändlern, Sozialdemokraten, Büchslern und allen übrigen Gegnern der Landwirtschaft denken wir, sondern neuer Kampf ist unsere Parole. Gerade die Annahme dieses Vertrages mit den halbbarbarischen Russen, diesen Schädigern von Kroat und Hentersnechten des baltischen Deutschtums, mit diesen tartarisch-mongolischen Halbasiaten, deren Zurückwerfung bis jenseits des Urals eine Aufgabe der europäischen Kulturwelt wäre, — die Annahme dieses Vertrages, sagen wir, wird der Ausgangspunkt einer agrarischen Bewegung von solcher Mächtigkeit werden, daß sie Alles niederwirft, was sich ihr in den Weg stellt.“ Das klingt sehr kriegerisch. Glücklicherweise wird nichts so heiß gegessen, als wie es gelocht wird.

Die Abgeordneten Dr. König, Zimmermann und Gessner (Reformp.) haben im Reichstage den Antrag gestellt, die verbandelten Regierungen aufzufordern, einen Gesetzentwurf vorzulegen, wo-ach staatlichen Betrieben die Gründung von Konsumvereinen bezw. Verkaufsgenossenschaften verboten wird und die schon bestehenden Konsumvereine oder Verkaufsgenossenschaften solcher Betriebe aufgehoben werden.

**England.** Eine empfindliche Schlappe hat das neue englische Kabinet Rosebery im Unterhaus erhalten. Erbittert darüber, daß die Thronrede kein Wort über den von Gladstone eingeleiteten Kampf gegen das Oberhaus enthält, stellte der radikale Labouchere den Antrag, daß dem Justizminister ein Ende gemacht werde, daß Personen, die nicht in das Parlament gewählt sind, die Annahme von Vorlagen verhindern können, und daß diese Reform, wenn es nöthig werde, von der Regierung durchgeführt werden soll. Der Kanzler der Schatzkammer Harcourt bekämpfte den Antrag, indem er ausführte, es müsse der Regierung überlassen werden, die Methode und die Art der Lösung einer so ernsten Frage vorzuschlagen. Der Antrag Laboucheres wurde indessen unter dem Jubel der Radikalen und der Iren mit 147 gegen 145 Stimmen angenommen, wobei 73 Stimmen der Letzteren den Ausschlag gaben. Balfour fragte darauf an, was die Regierung hinsichtlich ihrer infolge des Antrags Laboucheres erlittenen Niederlage zu thun gedente. Der Kanzler der Schatzkammer, Harcourt, erklärte, die Regierung werde mit der Erledigung der Geschäfte, die jetzt im Hause vorliegen, fortfahren. Schließlich beantragte Chamberlain die Vertagung der Debatte, weil im Hause die Ansicht der Regierung über Laboucheres Amendement, das gegen die Regierung angenommen sei und das nach der Erklärung Harcourts von der Krone etwas verlange, was zu thun sie verfassungsmäßig nicht befugt sei, mit getheilt werden solle. Harcourt willigte in die Vertagung der Debatte.